

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nach 8 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung im Geschäftslokal und bei Kassenbestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Vorbestellung 3 Mk. Die Wilsdruffer Wochenblätter für Wilsdruff u. Umgegend werden nach Möglichkeit kostenlos abgegeben. Einzelnummern werden zu jeder Zeit abgegeben. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung bei Zahlung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Einzelnenpreis: Die Doppelseite 20 Goldpfennig, die Zeitspende 10 Goldpfennig, die Zeitspende 10 Goldpfennig, die Zeitspende 10 Goldpfennig. Die Zeitspende 10 Goldpfennig, die Zeitspende 10 Goldpfennig, die Zeitspende 10 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Zeitspende 10 Goldpfennig, die Zeitspende 10 Goldpfennig, die Zeitspende 10 Goldpfennig.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostau.

Nr. 212. — 83. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“. Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Mittwoch 10. September 1924.

## Handel und Zoll.

Ende dieser Woche sollen in Berlin die Vertreter der belgischen und wahrscheinlich auch der französischen Regierung eintreffen, um mit Deutschland über den Abschluss von Handelsverträgen zu beraten. Aus einer ganzen Reihe von Gründen ist dabei die Situation für uns eine ganz außerordentlich schwierige. Es soll dabei noch abgesehen werden von der Tatsache, daß jene beiden Mächte durch die Befestigung des Ruhrgebietes ein Druckmittel auch für die Erreichung handelspolitischer Vorteile haben; es soll auch davon abgesehen werden, daß die ganze Entwicklung der letzten Jahre auch handelspolitisch auf ein Zusammenarbeiten mit der franke-belgischen Industrie hindrängt, bei der wir aus mancherlei Gründen die Schwächeren sind, — viel wichtiger aber ist, daß die deutsche Regierung bei den Verhandlungen nicht einmal einen den augenblicklichen volks- und weltwirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Zolltarif besitzt. Der jetzt noch bestehende sieht auf das sehr würdige Alter von bald 25 Jahren herab, und in dieser Zeit, namentlich während und nach dem Kriege, hat die Weltwirtschaft, haben die zollpolitischen Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern ganz andere Wege eingeschlagen. Alles, was deutscherseits am Zolltarif abgeändert, geändert und hinzugefügt worden ist, wird ja nicht einmal der einfachen Tatsache gerecht, daß schon der Wert der Goldwährung ein ganz anderer geworden, nämlich um durchschnittlich 50 % unter den Stand von 1913 gesunken ist.

Die weltwirtschaftliche Lage ist aber auch deswegen eine andere geworden, weil weite Gebiete, die früher der europäischen und nicht zuletzt der deutschen Einfluß weit offen standen, reine Aufnahmegebiete waren, im und nach dem Kriege eine starke Industrie entwickelt haben, damit den größten Teil des eigenen Bedarfs decken und gleichfalls den Absatz nach außen suchen, also der europäischen Industrie als Konkurrenten gegenüberstehen. Das gilt besonders von den englischen Dominions, und als ein Beispiel, wie selbst das Mutterland England darunter zu leiden hat, mag hier angeführt werden, daß die in seine Textilindustrie fast bis zur Deckung des eigenen Bedarfs entwickelt und sich schutzlos gegen die englische von Birmingham und Manchester abgeschlossen hat.

Dieser Einkürzung der Absatzgebiete entspricht auf der anderen Seite das allseitige Streben nach Erhöhung der Einfuhrzölle bis zur Grenzlinie gegenüber mancherlei ausländischen Waren. Hatte dieses Streben Deutschland gegenüber in der Zeit unserer Balkanot unstreitig seine Berechtigung, so muß doch festgestellt werden, daß diese Antidumpingzölle (Zölle gegen Unterbietung), die jetzt bei der Stabilisierung der deutschen Währung diesen Sinn verloren haben, noch nirgends abgebaut sind. Nun erklärte der Reichswirtschaftsminister vor kurzem, der neue Zolltarif, den die deutsche Regierung vorbereitet, habe durchaus keine hochschutzzollnerische Tendenz. Kann Deutschland sich den Luxus leisten, aus Erwägungen heraus, die sehr stark innenpolitisch beeinflusst sind, von sich aus mit dem Abbau der Schutzzölle zu beginnen? Es ist wichtig, ob diese Erwägungen schon bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen eine Rolle spielen, weil diese Verhandlungen ganz zweifellos maßgebend sein werden auch für die spätere Zeit. Der spanisch-deutsche Handelsvertrag hat jedenfalls schon ein Beispiel dafür geliefert, wie sehr verschiedene deutsche Produktengruppen solche Abschlüsse beurteilen.

Auch in England werden Bestrebungen laut, die ein Abbiegen von dem Wege, der ihm durch den Ausfall der letzten Wahlen vorgezeichnet wurde, fordern. Die Widerstände gegen die Politik des derzeitigen englischen Kabinetts sind so groß geworden, daß Neuwahlen in kürzerer oder längerer Zeit in Betracht zu ziehen sind. Und bei solchen Neuwahlen würde wieder die Frage des Schutzzollens eine sehr erhebliche Rolle spielen. Die damalige Abrechnung hatte ihren tiefsten Grund darin, daß man glaubte, auf dem Wege des gemäßigten Zollschutzes — denn von dem englischen Freihandelsgrundsatz ist nicht eine Spur mehr übriggeblieben — die englische Wirtschaftskrise zu überwinden, namentlich die Arbeitslosenziffer heruntorzubringen. Das ist aber nicht gelungen, sondern diese Ziffer ist wieder in ziemlich raschem Steigen begriffen. Und in England ist man bekanntlich geneigt, die ganze Zollfrage nicht aus irgendwelchen weltanschaulichen Gesichtspunkten her zu beurteilen, sondern lediglich dabei nach der Zweckmäßigkeit zu fragen. Auch die Liberalen denken nicht etwa daran, sich irgendwie gegen den Schutz Zoll zu stemmen, bloß deswegen, weil sie früher dagegen gewesen sind.

Von den handelspolitischen Vertragsverhandlungen der nächsten Zeit wird letzten Endes übrigens auch noch abhängen, ob der Londoner Pakt überhaupt ausführbar ist. Nicht mit Gold können wir zahlen, sondern nur mit Sachgütern, durch unseren Export. Wenn man aber nun um jedes Land, das Ansprüche an uns stellt, hohe Zollmauern zieht, die Einfuhr deutscher Waren unmöglich macht, dann könnte sich die Unmöglichkeit, den Londoner Pakt auszuführen, bald genug herausstellen. Noch ist unsere Handelsbilanz nicht einmal balanciert, geschweige denn, daß sie aktiv geworden wäre. Eine der Voraussetzungen dazu aber ist, daß in der Welt wieder der Handel frei und deutsche Waren auf dem Weltmarkt zugelassen werden.

## Um die Kriegsschuldfrage.

### Deutschlands geplante Verwahrung.

Berlin, 8. September.

Dem kürzlich veröffentlichten Einspruch der Reichsregierung gegen die im Versailler Vertrag ausgesprochene Behauptung von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands sollte bekanntlich eine offizielle Note an die Alliierten Mächte mit dem gleichen Inhalt folgen. Aber diese Note und ihre Wirkung bei Ausführung sind in den letzten Tagen eine Menge von Gerüchten und Vermutungen verdrängt worden. Heute berichten die in Berlin anwesenden Reichsminister in der Angelegenheit. Als Resultat der Beratung kann die nachfolgende, soeben veröffentlichte halbamtliche Meldung angesehen werden: In der Kundgebung vom 29. August d. J. ist angekündigt worden, daß die Reichsregierung Anlauf nehmen werde, die Erklärungen in der Kriegsschuldfrage den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen. Da es sowohl aus technischen wie aus diplomatischen Gründen nicht möglich war, diese Notifizierung gleichzeitig mit der Abgabe der Erklärung vorzunehmen, mußte der hierfür geeignet erscheinende Zeitpunkt zunächst noch vorbehalten bleiben. In der Zwischenzeit ist an die Reichsregierung eine Reihe von Wünschen und Anregungen, insbesondere aus wirtschaftlichen Kreisen, hinsichtlich Form und Zeit der Übermittlung herangekommen. Das Reichskabinett wird Anfang der nächsten Woche, nach Rücksprache mit dem Reichskanzler und dem Außenminister, zu einer Sitzung zusammentreten, um sich über Form und Zeitpunkt der Notifizierung schlüssig zu machen.

Damit ist also die umstrittene Abfendung der Note an die Mächte einstweilen verschoben. Das wird begreiflich, da die Angelegenheit inzwischen nicht allein zu einem innerpolitischen, sondern auch zu einem wichtigen außenpolitischen Problem geworden ist und von den Reichsministern augenblicklich nur die Herren Dr. Luther und Deiser sich in Berlin aufhalten.

### Ein direkter französischer Einspruch

gegen die beabsichtigte Note ist nämlich erfolgt und hat ziemlich Aufsehen hervorgerufen.

Der französische Botschafter in Berlin, Herr de Margerie, hat dem Staatssekretär Freiherrn v. Malhan als dem Vertreter des zurzeit beurlaubten Außenministers Dr. Stresemann im Auswärtigen Amt einen Besuch abgestattet. Herr de Margerie gab die Erklärung ab, daß es die französische Regierung für außerordentlich inopportun erachte, wenn Deutschland jetzt die angekündigte Kriegsschuldnote abfenden würde, da die Notifizierung in Frankreich auf die Regierung wie auf die Öffentlichkeit einen peinlichen Eindruck hervorrufen würde. Weiter machte der Botschafter darauf aufmerksam, daß eine schwere Behinderung der in London und Genf eingeleiteten Friedenspolitik entstehen müßte, wenn die Absicht der Aufröhlung der Kriegsschuldfrage jetzt verwirklicht würde. Herr v. Malhan soll, wie verlautet, dem französischen Botschafter zu verstehen gegeben haben, daß die deutsche Regierung nicht ohne weiteres von der Abfendung der Note absieht, da sie sich an die Zusage an die Deutschnationalen, die die Abfendung der Note zur Bedingung für die Annahme der Dawes-Gesetze gemacht haben, gebunden fühle.

Herr v. Malhan soll sich übrigens schon seit Tagen in Gedanken mit den französischen, englischen und italienischen Botschaften und der belgischen Gesandtschaft befinden. Die fremden Vertreter sollen hervorgehoben

### Die 26prozentige Abgabe an England.

Rückzahlung durch die Reichsregierung.

Reichsfinanzminister Dr. Luther erläßt eine Verordnung über die Erstattung des von der englischen Regierung als Reparationsabgabe erhobenen 26 Prozentigen Einfuhrzolls für deutsche Waren. Nach dieser im Anschluß an das Londoner Abkommen vom 30. August erlassenen Verfügung wird die Abgabe, soweit sie nach dem 31. August d. J. erhoben wird, den Exporteuren gegen Vorlegung der Gutscheine aus der Reichskasse zurückerstattet. Die Erstattung erfolgt in Reichswährung derzeit, daß der von dem Empfänger der abgabepflichtigen Sendung in englischer Währung erhobene Betrag in Goldmark umgerechnet wird, und zwar nach dem Monatsdurchschnittskurs der Federal Reserve Bank New York für den Kalendermonat, der dem Eingangstage der Erhebung der Abgabe bescheinigenden englischen Urkunde vorhergeht. Dabei wird eine Goldmark gleich 0,238 Dollar gerechnet. Das Reichskommissariat für Reparationslieferungen, Abteilung Friedensvertrags-Abrechnungsstelle, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 10, nimmt die Auszahlungen vor, nachdem die Gutscheine eingereicht sind.

haben, daß der Zeitpunkt für eine sofortige Notifizierung der deutschen Note über die Kriegsschuldfrage im Augenblick ungünstig sei. Weitergehende Gerüchte und Mitteilungen, namentlich von einem direkten Brief des Reichskanzlers Dr. Marx an die Herren Macdonald und Herriot in der Sache, werden als unrichtig erklärt. Der Kanzler sollte in dem Brief angeblich gesagt haben, die Abfendung der Note sei notwendig mit Rücksicht auf die Abstimmung im Reichstag zum Dawes-Plan, da nur durch Versprechungen in dieser Richtung die Annahme des Dawes-Planes ermöglicht worden sei. Herriot soll noch in Genf, nachdem Auseinandersetzungen durch die deutsche Regierungserklärung veranlaßt wurden, erklärt haben, gewiß sei es begreiflich, daß der friedlich gesinnte Teil des deutschen Volkes nicht die Verantwortung für die Katastrophe des Weltkrieges auf sich lasten sehen wolle, dann aber müsse sich dieser Teil des deutschen Volkes von den Schuldigen des alten Regimes deutlich trennen, wie es 1871 in Frankreich geschehen sei.

Nachdem sich jetzt die Situation in der geschilderten Form zugespielt hat, ist zu erwarten, daß Reichskanzler Dr. Marx und Reichsaußenminister Dr. Stresemann ihren bis Ende dieses Monats geplanten Urlaub abkürzen und noch im Laufe dieser Woche nach Berlin zurückkehren. In nächster Woche soll dann, wie gesagt, eine Kabinettssitzung über die weitere Behandlung der geplanten Kriegsschuldnote entscheiden, vielleicht auch die aktuell gewordene Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund in den Kreis ihrer Beratungen ziehen.

### Auch Macdonald?

London, 9. September. Der „Star“ behauptet, daß Macdonald die deutsche Reichsregierung davor warnte, eine Note an die Alliierten abzugeben, in der Deutschland seine Verantwortung am Kriege bestreitet.

### Bevorstehende Räumung des Hafengebietes von Karlsruhe.

Mannheim, 9. September. Gestern abend 7 Uhr ist der letzte Eisenbahnzug an der Rheinbrücke von Maxau durch französische Kontrollbeamte kontrolliert worden. Am Dienstagvormittag fällt die Rheinschranke und auch die Zollschranke vom Karlsruher Rheinhafengebiet fort. Die Truppen, die das Hafengebiet besetzt halten, sind noch nicht zurückgezogen, doch dürfte die Räumung Dienstag früh geschehen.

### Das Urteil im Prozeß wegen des Berliner Eisenbahnunglücks.

Berlin, 9. September. Im Prozeß wegen des Eisenbahnunglücks auf dem Potsdamer Bahnhof wurde der Eisenbahnsekretär Träger zu vier Monaten mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt. Der Lokomotivführer Sauer wurde freigesprochen. In der Begründung des Urteils schloß sich das Gericht dem Gutachten an, verurteilte jedoch nicht, daß der Dienst auf dem Stellwerk P. D. D. außerordentlich schwer sei, ferner auch nicht, daß viele Gründe vorliegen, die den Angeklagten am fraglichen Tage von ruhiger Ueberlegung abhielten.

### Riesige Ausdehnung der chinesischen Front.

New York, 9. September. Nach soeben eingetroffenen Nachrichten sind große Truppenmengen aus der Mandchurei gegen Peking mobilisiert worden. Die Chinesische Front hat bereits jetzt eine riesige Ausdehnung. Zwischen Mukden und Peking bilden sich große Heerlager.

### Rückkehr der Ausgewiesenen

Der oberkommandierende französische General in Düsseldorf macht bekannt, daß gemäß dem Londoner Abkommen alle aus dem Ruhrgebiet und aus dem Bräunsenlopf von Düsseldorf ausgewiesenen Personen das Recht haben, zurückzukehren. Ausgenommen sind sechs Personen, deren Rückkehr im Interesse der allgemeinen Sicherheit unerwünscht ist. Alle schwebenden Ausweisungungsverfahren werden eingestellt und die noch nicht verurteilten Strafen im Gnadenwege erlassen.

Die sechs Personen, die von der Rückkehr ausgenommen werden, sind der Regierungspräsident von Düsseldorf Walter Grünert, der Landrat von Essen-Land Friedrich Schöne, Polizeipräsident von Essen Gerhard Niedermeyer, Oberbürgermeister von Recklinghausen Hamm, Polizeikommissar in Herne Reichert, Polizeikommissar in Wanne Otto Woraik.

### Der Bürgerkrieg in China.

Widersprechende Nachrichten. Die Zentralregierung in Peking veröffentlicht einen Erlaß, durch welchen der Militärgouverneur von Chekiang